

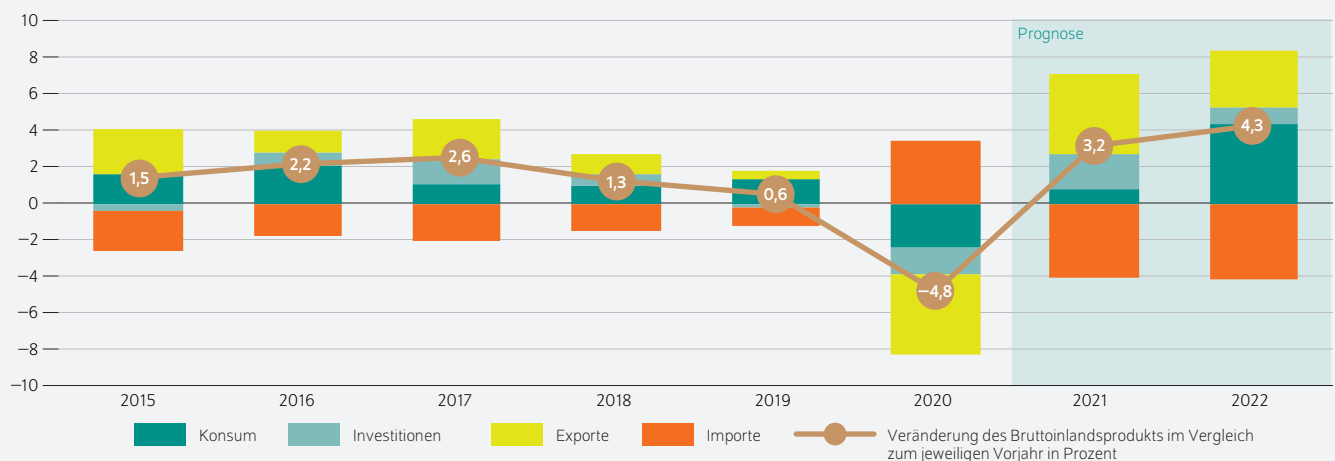
Deutsche Wirtschaft mit spätem Frühlings- erwachen – Industrie in der Klemme

Von Claus Michelsen et al.

- DIW-KonjunkturforscherInnen heben Wachstumsprognose für deutsche Wirtschaft leicht an, auf 3,2 Prozent für dieses und 4,3 Prozent für nächstes Jahr
- Pandemiefolgen aber längst nicht bewältigt und Rückschläge zu befürchten – Zunehmende Rohstoffknappheit belastet Industrie, Insolvenzgefahren steigen
- Deutsche Exportwirtschaft profitiert von weltwirtschaftlicher Entwicklung – Boom in den USA tröstet über schwächelnde Erholung in einigen Schwellenländern hinweg
- Wirtschaftlicher Gesamtschaden der Pandemie dürfte in Deutschland bei rund 350 Milliarden Euro liegen, rund zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- Voreilige Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten würde Schaden anrichten – Ohne Investitionen und Innovationen sind strukturelle Veränderungen wie demografische Wende nicht zu bewältigen

Deutsche Wirtschaft wächst schneller als im Frühjahr erwartet – 2022 treibt vor allem der Konsum an

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Insbesondere die Dienstleistungsbereiche profitieren jetzt von den Lockerungsmaßnahmen. Allerdings können mit den Öffnungen die Inzidenzen auch wieder steigen. Erst wenn die Impfquote so hoch ist, dass zumindest annähernd eine Herdenimmunität erreicht ist, werden wir einen nachhaltigen Aufschwung erleben.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft mit spätem Frühlingserwachen – Industrie in der Klemme

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Max Hanisch, Simon Junker, Laura Pagenhardt und Sandra Pasch

Auch im Frühsommer dieses Jahres wird die wirtschaftliche Entwicklung weltweit weiterhin durch die Corona-Krise bestimmt. Die Impfkampagnen sind insbesondere in den entwickelten Volkswirtschaften in Fahrt gekommen, viele Länder – so auch Deutschland – lockern allmählich die Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens. Dennoch bestimmen die Auswirkungen der Pandemie den Erholungsprozess. Viele Dienstleistungsbereiche, allen voran die Gastronomie und der Handel, konnten bereits in den zurückliegenden Monaten deutliche Umsatzgewinne erzielen und damit an den Fortschritten in der Pandemiebekämpfung teilhaben.

Dagegen wird das verarbeitende Gewerbe durch Knappheiten bei Rohstoffen und anderen wichtigen Vorleistungen erheblich ausgebremst. Trotz wieder gut gefüllter Auftragsbücher kann die Industrie und auch die Bauwirtschaft die Nachfrage nicht vollständig bedienen. Preise für wichtige Vorleistungen sind zuletzt erheblich gestiegen und die Betriebe berichten in großer Zahl davon, dass die fehlenden Vorleistungen ihre Produktion behindern. Damit treten nun Folgen der Pandemie in den Vordergrund, die nicht mehr unmittelbar auf das Infektionsgeschehen oder Maßnahmen des Infektionsschutzes zurückzuführen sind: Einerseits ist die Förderung und Produktion wichtiger Rohstoffe in der Pandemie heruntergefahren worden – die rasch anziehende Nachfrage kann nicht direkt bedient werden. Andererseits hat sich die Nachfrage teils drastisch verschoben: Der Digitalisierungsschub hat beispielsweise den Bedarf an Halbleitern in der Elektroindustrie in die Höhe schnellen lassen, die nun in der Kfz-Fertigung fehlen. Dies zeigt, dass die Eindämmung des Infektionsgeschehens zwar notwendige,

aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine schnelle und reibungslose Erholung der Wirtschaft ist.

Trotz dieser Entwicklungen ist der Ausblick für die deutsche Wirtschaft etwas positiver als noch im Frühjahr: Für dieses Jahr rechnet das DIW Berlin mit einem Wachstum von nun 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr – für das kommende Jahr wird mit 4,3 Prozent Zuwachs eine kräftige Fortsetzung der Erholung erwartet. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weg bis zur vollständigen Bewältigung der Pandemiefolgen weit ist und immer wieder mit Rückschlägen gerechnet werden muss. Voraussichtlich wird das Vorkrisenniveau im Schlussquartal dieses Jahres erreicht. Der kumulierte pandemiebedingte Ausfall der Wertschöpfung in Deutschland beläuft sich auf rund 230 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftsleistung ohne das Pandemiegeschehen um rund zweieinhalb Prozent zugelegt hätte. Der Gesamtschaden der Corona-Pandemie summiert sich für die Jahre 2020 und 2021 damit auf rund 350 Milliarden Euro, also etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies hat auch Folgen für das Produktionspotenzial, das auch mittelfristig nicht das Niveau von vor der Krise erreichen wird. Auch im Jahr 2025 dürfte die Wertschöpfung niedriger ausfallen als vor der Krise projiziert. Eine verfrühte Abkehr von derzeit stabilisierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen wäre angesichts dessen kontraproduktiv. Vielmehr wäre ein zusätzlicher finanzpolitischer Impuls zur Stärkung des Produktionspotenzials hilfreich, um frühzeitiger auf den Wachstumspfad von vor der Krise zurückzukehren.

Kurzfristig profitiert die deutsche Wirtschaft aber von der global einsetzenden Erholung: Die Exportschlager im Bereich des Maschinenbaus oder der Kraftfahrzeuge sind weltweit gefragt. Insbesondere die Nachfrage aus dem

Euroraum und aus den USA stellt sich besser dar als noch im Frühjahr prognostiziert. Hingegen ist die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern weniger positiv als noch im Frühjahr erwartet: Hier tobten zuletzt kräftige Corona-Infektionswellen, die beispielsweise in Indien zu tragischen Zuständen in den Krankenhäusern führten. Auch die chinesische Wirtschaft hat etwas an Fahrt eingebüßt. Dennoch ist die Weltwirtschaft insgesamt deutlich auf Erholungskurs, der allerdings durch fehlende Rohstoffe und zeitweise Blockaden wichtiger Seehandelswege belastet wird.

Angenommen wird für die Prognose, dass diese Knappheit vorübergehender Natur ist und die entwickelten Volkswirtschaften dank des Impffortschritts zahlreiche Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens nachhaltig aufheben können. Für die Schwellenländer stellt sich dies anders dar: Hier fehlt weiterhin Impfstoff für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung, sodass die Erholung dort immer wieder ausgebremst wird und zudem das Risiko weiterer Virusmutationen hoch ist. Sollten die nun durchgeführten Impfungen nicht vor diesen neuen Varianten schützen, wäre auch die Erholung in Europa, den USA und anderen Teilen der Welt gefährdet.

In Deutschland gilt nach wie vor der von Bund und Ländern beschlossene Stufenplan, der Öffnungen und Schließungen von Geschäften in Abhängigkeit der Sieben-Tage-Inzidenz festlegt. Danach können viele Aktivitäten weitgehend beschränkungsfrei durchgeführt werden, wenn weniger als 50 – oder unter zusätzlichen Einschränkungen zumindest 100 – Neuansteckungen je 100 000 EinwohnerInnen innerhalb einer Woche zu beobachten sind. Viele Kreise und kreisfreie Städte konnten entsprechend dieses Plans Lockerungen zulassen. Folglich steigt die Geschäftstätigkeit vor allem im Dienstleistungssektor und schiebt derzeit die Erholung in Deutschland an. Allerdings ist auch zu erwarten, dass mit mehr gesellschaftlicher Aktivität die Infektionen wieder anziehen. Noch ist der Wettlauf der Impfungen gegen die Verbreitung weiterer Virusmutationen nicht gewonnen. Daher wird in dieser Prognose unterstellt, dass auch in den Sommermonaten regionale Einschränkungen notwendig werden, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu behalten. Für die Dienstleistungsbereiche dürfte dies zumindest in Kreisen mit jetzt noch hoher Inzidenz zu einem Stop-and-Go der Erholung führen.

Deutlich stärker dürfte die Erholung aber durch die Hemmnisse in der Industrie und in der Bauwirtschaft gebremst werden, die wohl erst im Herbst überwunden sein werden. Die Preise für viele Rohstoffe sind binnen kurzer Zeit erheblich gestiegen, die Verfügbarkeit wichtiger Vorprodukte ist gering. Dies spiegelt einerseits die robuste Erholung der Weltwirtschaft wider, andererseits ist es auch Folge der heruntergefahrenen Produktion und Rohstoffförderung in den Hochphasen der Pandemie. Allerdings spricht vieles dafür, dass diese Entwicklung nur temporär auf der Wertschöpfung lastet und sich kein neuer Superzyklus in der Rohstoffnachfrage ankündigt. Entsprechend dürften auch die Sorgen vor dauerhaft hohen Teuerungsraten auf der Verbraucherebene unbegründet sein.

Die gestiegenen Rohstoffpreise bereiten allerdings an anderer Stelle Sorge: Viele Aufträge in der Industrie und auch in der Bauwirtschaft werden einige Monate im Voraus erteilt, ohne dass entsprechende Preisentwicklungen antizipiert werden. Zumindest kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch viele HandwerkerInnen dürften die jüngsten Entwicklungen unverhofft getroffen haben, ohne dass Absicherungen für derartige Preissprünge vereinbart wurden. Vor allem im Handwerk kann dies dazu führen, dass einerseits Aufträge mit Verlusten und zudem aufgrund der Lieferschwierigkeiten mit Verzug und entsprechenden Vertragsstrafen durchgeführt werden müssen. Je nach Volumen bringt dies kleinere Betriebe womöglich in wirtschaftliche Not und birgt trotz hoher Nachfrage das Risiko von Insolvenzen. Ohnehin ist in den kommenden Monaten mit einem Anstieg der Insolvenzen und Geschäftsaufgaben zu rechnen. Im vergangenen Jahr war die Insolvenzmeldepflicht ausgesetzt, die Zahl der eröffneten Verfahren entsprechend gering. Auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen war vergleichsweise niedrig. Dies ist für Rezessionen untypisch und spricht dafür, dass viele Unternehmen den Weg zum Amtsgericht noch antreten müssen.

Eine steigende Zahl an Unternehmensinsolvenzen könnte zudem negative Effekte auf den Arbeitsmarkt mit sich bringen. In dem hier unterstellten Szenario wird zwar mit steigenden Insolvenzen gerechnet – eine große Insolvenzwelle über eine Normalisierung des Insolvenzgeschehens hinaus wird allerdings nicht erwartet. Entsprechend stark dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut

werden und die Arbeitslosenquote auf gut fünf Prozent im kommenden Jahr absinken. Damit wären die negativen Auswirkungen der Krise auch dank der umfangreichen Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes auf dem Arbeitsmarkt schnell überwunden. Allerdings zeigt sich schon jetzt, dass die Folgen ungleich über die Branchen und Beschäftigungsformen verteilt sind. Die Zahl der Selbständigen ist erheblich gesunken und auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten wird das Vorkrisenniveau wohl nicht mehr erreichen. Angedrieben wird der Beschäftigungsaufbau auch nicht aus dem Kernbereich der deutschen Wirtschaft, der Industrie – vielmehr sind es einige Dienstleistungsbereiche, insbesondere der öffentliche Sektor, in denen die Zahl der ArbeitnehmerInnen steigt. Kommt es zu einer großen Insolvenzwelle, dürfte dies Beschäftigung kosten und auch die gesamtwirtschaftliche Erholung deutlich schleppender verlaufen.

Auch drückt die Preisentwicklung bei den Vorleistungen auf die Gewinnmargen und damit den Aufbau notwendigen Eigenkapitals für Investitionen. Die steigenden Rohstoffpreise könnten so den globalen Investitionszyklus erheblich ausbremsen und damit auch auf der in- und ausländischen Nachfrage nach Maschinen und Anlagen lasten.

Die Eigenkapitalpositionen und die Verschuldung vieler Unternehmen haben sich während der Krise ohnehin schon deutlich verschlechtert. Dies ist im Volumen der ausgereichten Soforthilfen und Kredite zu erkennen, die zwar vielen Unternehmen das Überleben sichern, allerdings auch deren Bilanzen verschlechtern. Rund 50 Milliarden Euro hat die KfW Bankengruppe als staatliche Förderbank bislang an Krediten in den Unternehmenssektor gegeben. Erheblich größer waren allerdings die Zuschüsse und Beihilfen: Diese Belastungen der öffentlichen Haushalte machen sich in der

Staatschuldenquote bemerkbar, die auf über 70 Prozent anschwellen wird.

Im Vorfeld der Bundestagswahl werden nun Rufe nach einer schnellen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt laut. Dies wäre jedoch verfrüht: Einerseits ist die Krise noch nicht überwunden. Die Nachwirkungen zeigen sich immer wieder auch in unerwarteten Entwicklungen, wie jetzt an den Rohstoffmärkten. Andererseits stehen erhebliche strukturelle Veränderungen an, allen voran die demografische Wende, die auf dem Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft lastet. Diesen Veränderungen sollte auch mit staatlichen Impulsen begegnet werden: Ein Herauswachsen aus den Schulden wird nur dann möglich sein, wenn Deutschlands Standortqualitäten im internationalen Vergleich nicht ins Hintertreffen geraten und vor allem auch die Innovationskraft gestärkt wird. Diese dürfte ebenfalls in der Krise gelitten haben, denn gerade die Firmengründungen und damit das Potenzial für neue innovative Geschäftsmodelle sind im abgelaufenen Jahr in großer Zahl ausgeblieben. Auch dürften Unternehmen kostspielige und risikoreiche Innovationsvorhaben gestoppt oder gar nicht erst gestartet haben. Insbesondere in den Vereinigten Staaten wird auf diese Entwicklung mit einer umfassenden industriepolitischen Agenda und öffentlichen Investitionen geantwortet. Entsprechende Impulse für private Aktivitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung, staatliche Unterstützung bei innovativen Unternehmensgründungen und öffentliche Investitionen in Forschung und Bildung wären wichtig, um Deutschlands Wachstumspfad zu erhöhen. Die beschlossenen Schritte im Rahmen des Zukunftspakets geben hierfür spürbare Impulse, können angesichts der Größe der Herausforderungen allerdings nur ein erster Schritt sein.

EDITORIAL

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin |
cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | sjunker@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Sandra Pasch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | spasch@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 23+24/2021:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 17. Juni 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter